

Landkreis Vorpommern-Rügen

2. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vorlagen Nr.:
A/2/0149

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	11.03.2019

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Zusätzliche finanzielle Mittel des Bundes direkt und vollumfänglich an Kommunen weiter reichen"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung auf, alle zusätzlichen finanziellen Mittel aus dem Länderfinanzausgleich, die der Entlastung der Kommunen dienen sollen, direkt und vollumfänglich an die Kommunen weiter zu reichen. Der Kreistag bittet die Landtagsabgeordneten des Wahlkreises, sich auf Landesebene dafür stark zu machen, dass die Kommunen in ihrem Wahlkreis die ihnen zustehenden und dringend benötigten Mittel erhalten.

Der Kreistag beauftragt den Landrat, sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass die Kommunen im Landkreis Vorpommern-Rügen ab 2020 mindestens 220 Euro pro Einwohner*in zusätzlich erhalten.

Begründung:

Durch die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020 wurde festgelegt, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern ab 2020 mehr Bundesmittel erhält als bisher. Es geht um mindestens 220 Euro pro Einwohner*in und Jahr und damit für die Kommunen im Landkreis Vorpommern-Rügen nach derzeitiger Einwohnerzahl um etwa 50 Mio. Euro pro Jahr.

Ziel dieser zusätzlichen Mittel ist insbesondere die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Bundesländern. Begründet wird der Mittelzuwachs für das Land Mecklenburg-Vorpommern vor allem mit der unterdurchschnittlichen Steuerkraft der Kommunen im Land. Das Geld steht damit unmittelbar den Kommunen zu, die das geringere Steueraufkommen im Vergleich zu Kommunen in anderen Bundesländern ausgleichen müssen.

Dieses Geld ist also nicht dem allgemeinen Landeshaushalt oder Fördertöpfen zugeordnet, sondern direkt und vollumfänglich den Kommunen. Gleichwertige Lebensverhältnisse können nur vor Ort geschaffen werden, wo die Bürger*innen leben. Die Bürger*innen in unseren Kommunen erwarten, dass diese Steuermittel dort eingesetzt werden, wo sie konkrete Auswirkungen auf ihre

Lebensverhältnisse haben.

gez. Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp
Fraktionsvorsitzender
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen